



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 248/GP

16.09.2021

**Holetschek dringt auf besseres Krankenhaus-Finanzierungssystem -
Bayerns Gesundheitsminister: Eine flächendeckende bedarfsgerechte
Krankenhausversorgung muss gewährleistet werden**

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek dringt auf ein besseres Krankenhaus-Finanzierungssystem in Deutschland. Holetschek betonte am Donnerstag in München anlässlich der Jahresmitgliederversammlung des Verbandes der Privatkrankenanstalten in Bayern e.V.: „Wir setzen uns beim Bund für eine bessere Vergütung von Vorhaltekosten zur Sicherstellung der Grund-, Regel- und Notfallversorgung sowie der Kinderkliniken ein. Denn nur so kann eine flächendeckende bedarfsgerechte Krankenhausversorgung gewährleistet werden.“

Holetschek wies zugleich auf die ausgezeichnete Krankenhausversorgung in Bayern hin. Der Minister betonte: „Auch in der Hochphase der Pandemie hatten unsere Krankenhäuser das Geschehen immer unter Kontrolle. Es gab keine schwerwiegenden Versorgungsengpässe – weder für COVID-19-Patienten noch für stationäre Patienten.“

Holetschek fügte hinzu: „Dass wir im Krankenhausbereich bislang so gut durch die Krise gekommen sind, ist natürlich in erster Linie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken zu verdanken. Aber auch unsere vorausschauende und nachhaltige Politik zahlt sich aus. Über Jahrzehnte haben wir hohe Investitionen getätigt. Alleine der aktuelle Krankenhausfinanzierungsetat beträgt rund 643 Millionen Euro. Hinzu kommen Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds und dem Krankenhauszukunftsfonds. Zusammengerechnet fließen von Seiten des Freistaates mehr als 1,2 Milliarden Euro in investive Maßnahmen. Damit liegt Bayern bundesweit in der Spitzengruppe.“

Der Minister unterstrich: „Wir setzen uns intensiv dafür ein, eine moderne Gesundheitsinfrastruktur in Bayern zu bieten – mit höchsten baulichen und medizintechnischen Ansprüchen. Damit schaffen wir nicht nur eine erstklassige Versorgung für die Patientinnen und Patienten, sondern auch beste Bedingungen für hochqualifiziertes und engagiertes Personal.“

Die Corona-Pandemie stellte und stellt für die Krankenhäuser auch eine finanzielle Belastung dar. „Bund und Freistaat haben deshalb nach Kräften unterstützt und insbesondere Ausgleichszahlungen für entstandene Einnahmeausfälle an Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen gezahlt“, sagte der Gesundheitsminister.



Holetschek warb dafür, die gesundheitlichen Spätfolgen von Corona mehr in den Fokus zu rücken. Er betonte: „Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um auch über die akute Pandemie hinaus gerüstet zu sein. Das Thema Post-COVID-/Long-COVID-Syndrom liegt mir sehr am Herzen. Aktuelle Studien schätzen, dass circa zehn Prozent der Corona-Patientinnen und -Patienten mit Spätfolgen, die teilweise massive Auswirkungen auf den Alltag haben, zu kämpfen haben.“

Der Minister ergänzte: „Wir haben in Bayern bereits Ende letzten Jahres einen Runden Tisch mit den wesentlichen Akteuren im Gesundheitsbereich ins Leben gerufen. In der Arbeitsgruppe wird derzeit gemeinsam mit Leistungserbringern, Kostenträgern, Verwaltung und Betroffenen erarbeitet, wie der flächendeckende Aufbau von Post-COVID-Ambulanzen auch unter Beteiligung der Fach-/Rehakliniken gelingen kann. Der VPKA arbeitet dort von Anfang an mit. Erste Erfolge gibt es schon: An bayerischen Uni-Kliniken sind bereits erste Post-COVID-Ambulanzen eingerichtet.“